

KOMMUNALES MONITORING

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Bitschnau, S., Eberspach, K., Kemmesies, U.



Aktuelle Befunde
aus der
Frühjahrsbefragung
2022

Stand:
22. Februar 2023

Kommunales Monitoring

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Auswertung der Frühjahrsbefragung 2022

34% ↓(-12%*)

**der Befragten haben zwischen November 2021
und April 2022 Anfeindungen erlebt.**

76% verbale/schriftliche
Anfeindungen ↑(+6%*)

23% Hasspostings
↓(-3%*)

1% tätliche
Übergriffe ↓(-3%*)

→*
überwiegend in Form von
Beleidigungen, Verleumdung/
üble Nachrede, Bedrohungen

- Frauen sind stärker von Hassposting im Netz betroffen →*
- Männer stärker von verbalen/schriftlichen Anfeindungen und (tätlichen) Übergriffen →*
- Hauptamtliche sind eher betroffen als Ehrenamtliche →*



Das Diskussionsklima im Netz wird eher als emotional, respektlos, aggressiv, intolerant, destruktiv, ideologieorientiert und autoritär eingeschätzt. →*

Durchschnittlich wurde das
1-2 Mal im Monat erlebt. →*

Tatmotivation wird überwiegend in der **persönlichen Haltung der Täterinnen und Täter** verankert gesehen.

78% der zuletzt erlebten Vorfälle wurden als persönlich motiviert verortet

22% politisch oder religiös

- Unzufriedenheit/Frustration (über kommunale Entscheidungen)
- Intoleranz/Unfähigkeit Konflikte auszutragen
- Egoismus bzw. Anspruchsdenken



74% der Befragten gaben an, dass weitere Maßnahmen zum Schutz von Amtspersonen vor Anfeindungen und Übergriffen erforderlich sind.

Konsequenterer Strafverfolgung im analogen/digitalen Raum

Reglementierungen im Internet und in den sozialen Netzwerken

Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Arbeit der Kommunen

* (Prozentuale) Veränderung zur Herbstbefragung 2021 (Mai - Oktober '21):
↓ (Abnahme) ↑ (Zunahme) → (keine auffälligen Veränderungen)

Kontakt: kommunalmonitor@bka.bund.de

Aktuelle Befunde aus dem „Kommunalen Monitoring“ – Frühjahrsbefragung 2022

Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts führt zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DLT, DStGB) im Rahmen von MOTRA ein „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ durch. Es handelt sich hierbei um eine längsschnitt-

lich angelegte bundesweite Befragung aller ehren- und hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeister/Bürgermeisterinnen und Landräte/Landrätinnen, die in einem sechsmonatigen Turnus durchgeführt wird. Die in diesem Spotlight aufgeführten Ergebnisse beruhen auf der Frühjahrsbefragung '22 (Referenzzeitraum: November '21-April '22).

Wer hat teilgenommen?

Der Rücklauf beträgt n=1.501 und ist somit nahezu identisch wie bei der Ersterhebung, der Herbstbefragung '21 (n=1.495). Ähnlich verhält es sich auch mit der Verteilung der Stichprobe bezüglich biographischer Standarddaten sowie zur Gemeindegröße,

die ein vergleichbares Bild zu der Herbstbefragung '21 zeigt (vgl. Abbildung 1-4). Um ein möglichst repräsentatives Gesamtbild für die Bundesrepublik zeichnen zu können, wurden die Daten erneut entsprechend der Gemeindezahl pro Bundesland gewichtet.

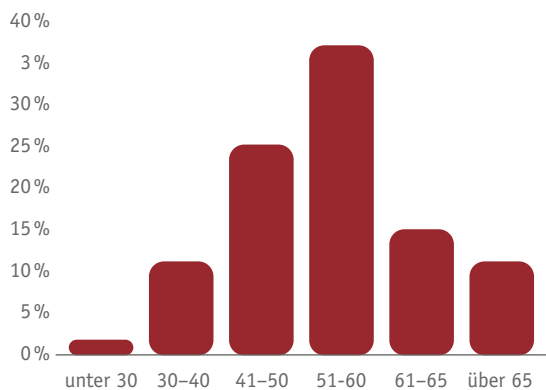


Abbildung 1: Alter der Befragten

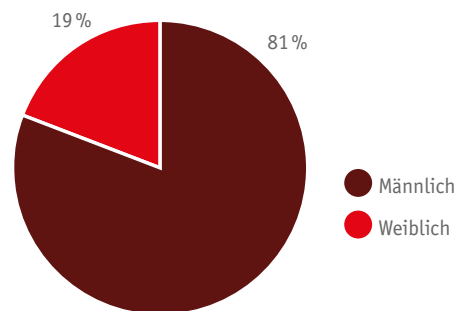


Abbildung 2: Geschlecht der Befragten

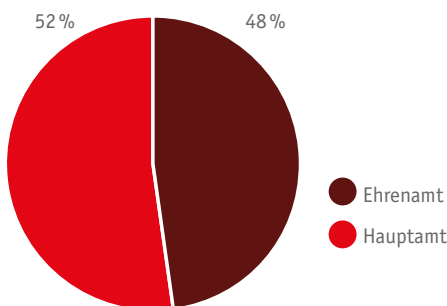


Abbildung 3: Funktion

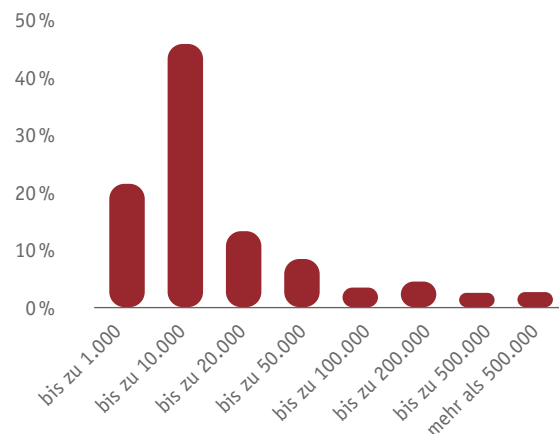


Abbildung 4: Gemeindegröße

Was wurde wie erlebt?

a) Soziale Medien und Einschätzung des Diskussionsklimas

Insgesamt gaben erneut exakt 60% der 1.501 Befragten an, im Zeitraum vom 01.11.2021 bis 30.04.2022 bei der Ausübung ihrer politischen bzw. beruflichen Tätigkeit aktiv soziale Medien durchschnittlich mehrmals im Monat genutzt zu haben. Wie Abbildung 5 veranschaulicht, empfinden die Befragten das Diskussionsklima im Durchschnitt als eher

emotional, respektlos, aggressiv, intolerant, destruktiv, ideologieorientiert und autoritär (jeweils 5/7 Skalenpunkte) sowie weder exklusiv noch inklusiv und weder konservativ noch progressiv (jeweils 4/7 Skalenpunkte). Zudem weisen die Ergebnisse darauf hin, dass diejenigen, die Anfeindungen gegen ihre Person erlebt haben, das Diskussionsklima verrohter wahrnehmen, als diejenigen, die in den letzten sechs Monaten keine derartigen Erlebnisse hatten.

Diskussionsklima: Anfeindungen versus keine Anfeindungen

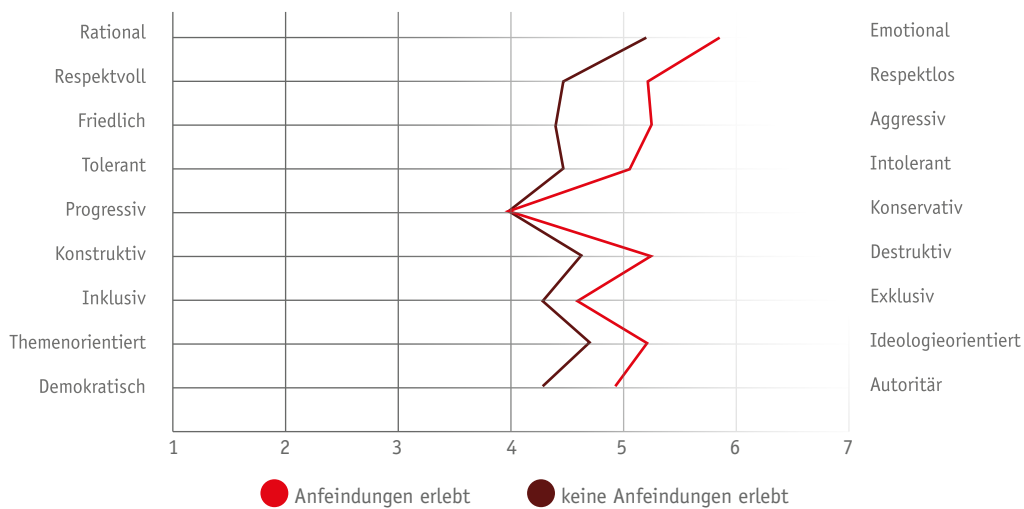


Abbildung 5: Einschätzung des Diskussionsklimas

b) Erfahrungen aus dem analogen und digitalen Raum

Insgesamt gaben **34% der Befragten** an, im sechsmonatigen Zeitraum (01.11.2021–30.04.2022) persönlich verbale/schriftliche Anfeindungen und/oder Hasspostings im Internet und/oder tätliche Übergriffe gegen ihre Person erlebt zu haben. Während Anfeindungen und Hasspostings im Durchschnitt 1-2 Mal im Monat erlebt wurden, wurden tätliche Übergriffe hingegen seltener erlebt. Gegenüber dem davorliegenden sechsmonatigen Zeitraum (Mai–Oktober '21) bedeutet dies einen bundesweiten prozentualen Rückgang von 12% hinsichtlich der Betroffenheit.

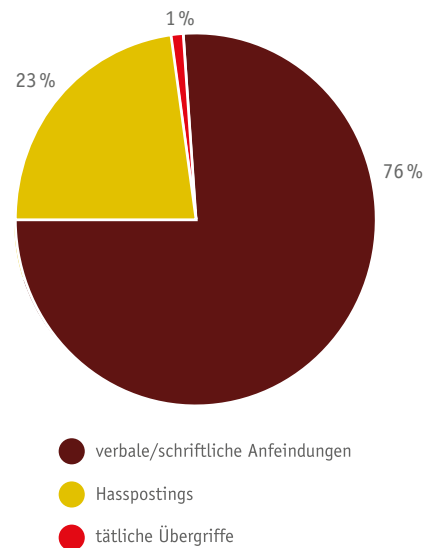


Abbildung 6: Anfeindungskategorien

Vertiefende Analysen legen offen, dass nach wie vor Männer (35%) und Frauen (32%) nahezu gleichermaßen betroffen sind, Frauen jedoch auffällig häufiger über Hasspostings in den sozialen Medien Anfeindungen ausgesetzt sind als die männlichen Amtskollegen (30% – 19%). Zudem sind hauptamtlich tätige Amtspersonen auch eher Anfeindungen ausgesetzt als ehrenamtlich Tätige (43% – 25%). Mit Blick auf das Alter gibt es keine signifikanten Unterschiede bezüglich der Betroffenheit zwischen jüngeren Amtspersonen bis zu 40 Jahren und älteren Amtspersonen.

Hinsichtlich eines regionalen Vergleichs zeigt sich, dass weiterhin städtische Regionen mit mehr als 20.000 Einwohnern signifikant stärker betroffen sind als ländliche Regionen mit weniger Einwohnern (45% – 32%).

Bei einem Vergleich östlicher und westlicher Bundesländer lassen sich keine signifikanten Unterschiede bezüglich der Betroffenheit feststellen. Allerdings ergibt sich ein signifikantes Süd-Ost-/West-Gefälle, wie Abbildung 7 demonstriert. Demnach sind die braun eingefärbten süd-östlichen Bundesländer inklusive Bayern und Baden-Württemberg signifikant stärker betroffen als die rot eingefärbten westlichen Bundesländer (38% – 31%).

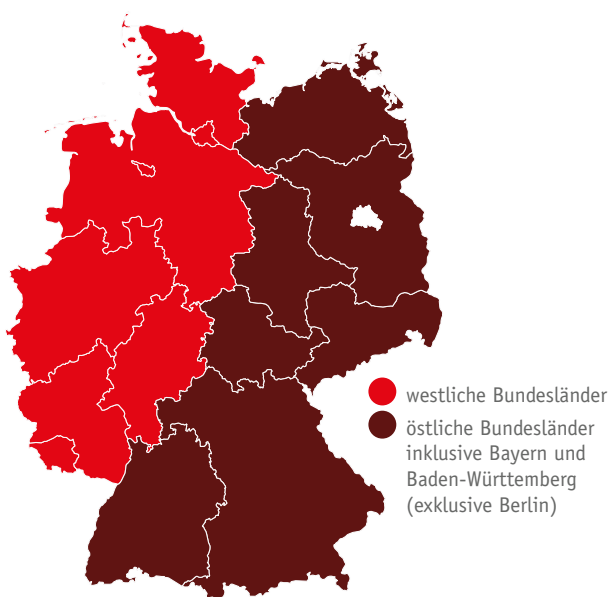


Abbildung 7: regionaler Süd-Ost-/West-Vergleich

Richten wir das Augenmerk auf den zuletzt erlebten Vorfall, so wird deutlich, dass es sich in den meisten Fällen um Beleidigungen (39%), Verleumdung/üble Nachrede (39%) und Bedrohung/Nötigung (12%) handelt. Dahinter folgen mit jeweils 2% Sachbeschädigung und Volksverhetzung. Diese wurden überwiegend in den sozialen Netzwerken, per Mail, per Brief, von Angesicht zu Angesicht auf der Straße sowie auf einer öffentlichen Veranstaltung/am Wahlkampfstand erlebt.

Darüber hinaus bezog sich der letzte Vorfall in 89% der Fälle auf die Person als Amtsträgerin/Amtsträger und in 8% der Fälle aufgrund von individuellen Merkmalen im Sinne von Hasskriminalität, wobei hier das Merkmal der „sexuellen Orientierung“ am häufigsten genannt wurde. 3% gaben an, dass die letzte Anfeindung einen Bezug zur Familie bzw. engen Angehörigen aufweist. Hinsichtlich der vermuteten Handlungsmotivation der Täter/Täterinnen wurde, resultierend aus den Befunden der Herbstbefragung '21, das Item in der Frühjahrsbefragung '22 entsprechend angepasst, sodass die Befunde nur bedingt vergleichbar sind. Vielmehr wurde, neben dem vermuteten ‚politischen Lager‘ der Täterinnen und Täter auch deren vermutete persönliche Haltung abgefragt, was von den Betroffenen auch so vermehrt angegeben wurde. Hieraus ergibt sich folgendes Bild für die vermutete Handlungsmotivation: Persönliche Unzufriedenheit/Frustration des Bürgers/der Bürgerin (22%), Unzufriedenheit mit kommunalen Entscheidungen (17%), Intoleranz/Unfähigkeit Konflikte auszutragen (14%), Egoismus/Anspruchsdenken (13%) sowie Uninformiertheit/Nicht-Wissen über politische Prozesse und die Rolle des/der Bürgermeisters/Landrats/Bürgermeisterin/Landrätin (12%). In 7% der Fälle wurde ein parteipolitischer Gegner/Gegnerin hinter der Anfeindung vermutet, während mit jeweils 5% der Vorfall als politisch rechtmotiviert bzw. aus einer sozialen Bewegung heraus stammend eingeordnet

Einschätzung Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden

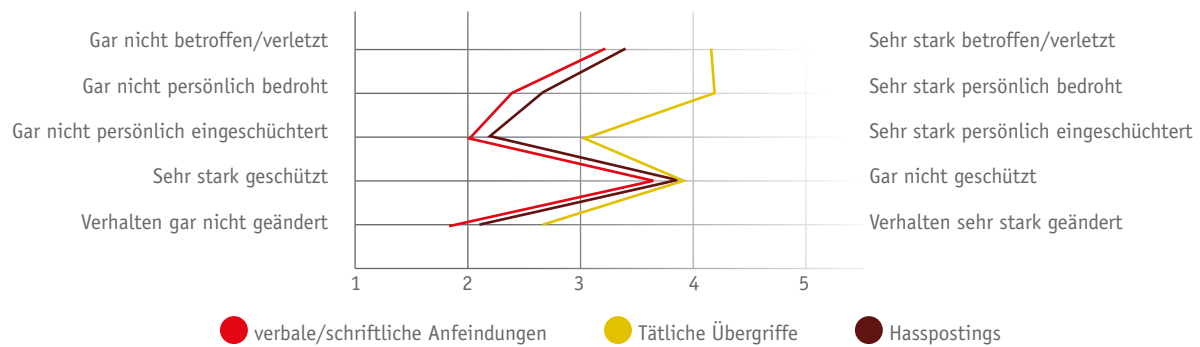


Abbildung 8: Einschätzung des Diskussionsklimas

wurde. Eine links- bzw. religiös motivierte Zuordnung spielte hier eine eher untergeordnete Rolle (2% – 1%).

Die Rückmeldung auf die Frage, wie mit dem zuletzt erlebten Vorfall umgegangen wurde, lassen unterschiedliche Handlungsstrategien erkennen: In nahezu jedem vierten Fall wurde der Vorfall ignoriert (22%), mehr als jeder Zehnte suchte den Dialog mit dem/der Täterin/Täter sowie Unterstützung bei Familie/Freunden (15%) als auch bei Parteiliebenden und -freundinnen/ Kolleginnen und Kollegen (10%). In 13% der Fälle wurde der letzte Vorfall zur Anzeige gebracht.

Zudem illustriert Abbildung 8, dass das Erlebte offenbar einen Einfluss auf das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der Betroffenen hat. Dies verhält sich in der Frühjahrsbefragung '22 ähnlich zur Herbstbefragung '21: Im Durchschnitt haben sich die Betroffenen beim letzten Vorfall eher stark betroffen/verletzt sowie bedroht gefühlt – dies gilt insbesondere für tätliche Übergriffe. Verbale/schriftliche Anfeindungen sowie Hasspostings zeigen eher einen neutralen bis weniger starken Einfluss auf das Bedrohungsempfinden. Dahingehend fühlten sich jedoch die betroffenen Amtspersonen von Sicherheitsbehörden und Justiz nach wie vor weniger geschützt.

Was sollte aus Sicht der Betroffenen getan werden?

74% der Befragten gaben an, dass sie eine Umsetzung weiterer Maßnahmen zum Schutz von Amts- und Mandatspersonen vor Anfeindungen und Bedrohung für erforderlich halten. Folgende, dringend umzusetzende Maßnahmen werden in absteigender Häufigkeit genannt: Konsequente(re) Strafverfolgung im analogen und digitalen Raum (21%), Reglementierungen im Internet und in den sozialen Netzwerken (15%), Öffentlichkeitsarbeit/Sensibilisierung der Öffentlichkeit/Aufklärungsarbeit (11%) sowie härtere Strafmaßnahmen/Gesetzesverschärfung (9%) und bessere Kommunikation und Kooperation zwischen Betroffenen und Strafverfolgungsbehörden (Polizei/Justiz).

Zudem wünschen sich die Befragten vermehrt direkte Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten wie Weiterbildungs- und Beratungsangebote, Einsatz von Schutzmöglichkeiten für Amtstragende sowie die Stärkung ihrer Rechte und ein Mehr an Unterstützung durch Behörden, Land und Bund. Darüber hinaus werden insbesondere auch Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung angesprochen, wie Aufklärung und Prävention im Kindes- und Jugendalter sowie allgemeine Demokratieschulungen vor Ort.

Ausblick

Weiterhin beobachten wir eine hohe Betroffenheit von Amts- und Mandatspersonen durch Hass, Hetze und konkrete Übergriffe auf kommunaler Ebene, was ganz offensichtlich und nachvollziehbar den Wunsch nach mehr Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen motiviert. Daher werden innerhalb des Verbundprojektes MOTRA entsprechend ausgerichtete Netzwerkstrukturen weiter ausgebaut. So wird derzeit eine Kooperation mit der Körber-Stiftung angestrebt, die künftig aus den Befunden des „Kommunalen Monitorings“ heraus konkrete Handlungsempfehlungen ableiten soll – ganz im Sinne der MOTRA-Transferplattform. Darüber

hinaus sollen mit der Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände sowie weiteren kooperierenden Partnern aus der zivilgesellschaftlichen Praxis, die aktuell sondiert werden, die Zugangsschwellen zu konkreten Hilfsangeboten niedriger gestaltet bzw. konkrete Angebote für Betroffene ‚greifbarer‘ und leichter zugänglich gemacht werden. Zudem fließen die bisherigen Rückmeldungen und Befunde aus dem Kommunalen Monitoring aktuell in die Ausarbeitung eines Maßnahmenkatalogs zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden, den kommunalpolitischen Vereinigungen sowie dem Bundesinnenministerium ein.



[Weitere Informationen zum Kommunalen Monitoring und den Ergebnissen.](#)

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Berghof Foundation



MOTRA-Transferpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45 | 65203 Wiesbaden

Redaktion

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau

Layout

studio halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

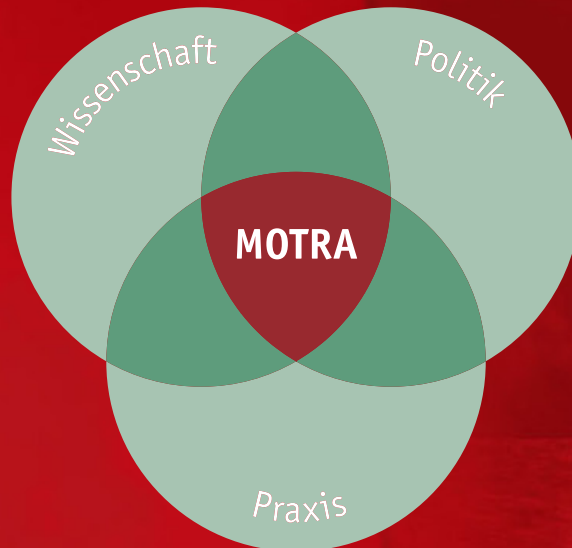
Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

kommunalmonitor@bka.bund.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

✉ motra@bka.bund.de
🌐 www.motra.info
📱 twitter.com/MOTRAVERBUND

